

Vorlage Nr.: 2-BV/444/2024
Status: öffentlich
Geschäftsbereich: Bauverwaltung
Datum: 02.05.2024
Verfasser: Knott Annette

Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen zur Umbenennung der Ludwig-Prandtl-Straße

Beratungsfolge:

Datum Gremium

16.05.2024 Stadtrat

I. SACHVORTRAG:

Quelle Homepage der TUM

Auszug:

Datum genannt für die Mitteilung auf der Homepage: 15.3.2024

Präsidium folgt den Empfehlungen einer Expertenkommission

TUM setzt Aufarbeitung ihrer Historie während der NS-Zeit konsequent fort. Als Zeichen ihrer historischen Verantwortung entfernt die Technische Universität München (TUM) die Bezeichnungen von Gebäuden und Räumen, die Namen von mit der NS-Historie belasteten Persönlichkeiten tragen. An geeigneter Stelle wird ein Ort der Reflexion geschaffen, an dem auf die Geschichte der damaligen TH München in der NS-Zeit verwiesen und die Entfernung der Namen begründet wird. Zudem distanziert sich die TUM von während der NS-Zeit verliehenen sechs Ehrendoktor-, fünf Ehrensensator- sowie 13 Ehrenbürgerwürden. Das Hochschulpräsidium folgt damit den Empfehlungen einer unabhängigen Expertenkommission.

Konkrete Beschlüsse

Das Präsidium würdigt die Arbeit der Kommission und hat auf Basis der Empfehlungen folgende Beschlüsse getroffen:

Auszug der Beschlüsse:

1. Die Benennungen von Räumen nach Willy Messerschmitt, Gustav Niemann, Ludwig Prandtl und Ernst Schmidt auf dem Campus Garching werden entfernt. An geeigneter Stelle wird ein „Ort der Reflexion“ geschaffen, an dem die wissenschaftlichen Leistungen und historischen Rollen der bisherigen Namensgeber erläutert werden und auf die Geschichte der TH München in der NS-Zeit eingegangen wird.
2. Die TUM wird am „Ort der Reflexion“ auch auf drei Tafeln eingehen, die im U-Bahnhof Garching-Forschungszentrum auf Willy Messerschmitt, Claude Dornier und Ludwig Prandtl hinweisen. Darüber hinaus geht die TUM auf die Stadt München bzw. die MVG zu, um zu prüfen, ob und gegebenenfalls welche weiteren Hinweise in der U-Bahn-Station angebracht werden könnten.

Für Straßenbenennungen ist der Stadtrat zuständig. Kein Gebäude hat die Adresse Ludwig-Prandtl-Straße.

Sollte der Stadtrat eine Umbenennung der Straße auf Grund der Empfehlung der Expertenkommission der TUM folgen, so schlägt die Verwaltung vor, dass die Straße nach einer gemeinsamen Wissenschaftlerin bzw. einem gemeinsamen Wissenschaftler der MPG und der TUM benannt wird. Die TUM ist angefragt worden, ob sie dem Stadtrat das Dokument zur Verfügung stellt.

Der TUM ist die Möglichkeit eröffnet worden, Straßennamensvorschläge für den Campus West sowie für weitere Bereiche des Campus vorzulegen. Die südliche Zufahrtsstraße führt auch zu 5 Max-Planck-Instituten. Auf Grund des wissenschaftlichen Renommées der Institute schlägt die Verwaltung diese Vorgehensweise vor.

Sofern möglich, sollte das Forschungsfeld / Wissenschaftsfeld der vorgeschlagenen Person auch heute Bezug zum Hochschul- und Forschungszentrum Garching haben.

In der Ludwig-Prandtl-Straße befindet sich eine Bushaltestelle, die den Straßennamen trägt. Sollte die Straße umbenannt werden und dies spätestens in der September-Stadtratssitzung beschlossen werden, so kann der MVV die Umbenennung zum Fahrplanwechsel im Dezember berücksichtigen. Redaktionsschluss für den Fahrplanwechsel ist immer Ende September eines Jahres.

II. BESCHLUSS:

Die MPG und die TUM werden gemeinsam gebeten einen bzw. mehrere Vorschläge der Stadt Garching vorzulegen. Sofern möglich, sollte das Forschungsfeld / Wissenschaftsfeld der vorgeschlagenen Person auch heute noch Bezug zum Hochschul- und Forschungszentrum Garching haben.

III. VERTEILER:

BESCHLUSSVORLAGE:

- als Tischvorlage

ANLAGE(N):

- als Tischvorlage

Anlagen:

Antrag Bündnis 90 / Die Grünen vom 20.03.2024



Dr. Hans-Peter Adolf
Daniela Rieth
Walter Kratzl
Werner Landmann

An den Ersten Bürgermeister
Dr. Dietmar Gruchmann
Rathausplatz 3
85748 Garching

20.3.2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Gruchmann,
lieber Dietmar,

die Fraktion der GRÜNEN stellt folgenden **Antrag**:

Die Ludwig-Prandtl-Straße wird umbenannt.

Begründung:

Die Stadt Garching ist der Demokratie und der Menschenwürde verpflichtet. Dies auch in der Kommunalpolitik deutlich auszudrücken ist gerade in Zeiten von besonderer Bedeutung, in denen rechtspopulistische und in Teilen rechtsextreme Parteien Wahlerfolge erzielen.

Deshalb muss die Stadt Garching bei der Benennung von Straßen Zeichen setzen und Unterstützer des NS-Regimes entfernen. Dabei muss die Stadt auch die Untersuchungsergebnisse der Technischen Universität München berücksichtigen und deren Entscheidungen auf kommunaler Ebene umsetzen.

Auf beiliegenden Artikel in der SZ wird ergänzend verwiesen.

Viele Grüße
Hans-Peter Adolf
Fraktionsvorsitzender

Bericht und Empfehlungen der Kommission zur weiteren Aufarbeitung der NS-Zeit an der TUM

Das Präsidium der TUM setzte am 23. Mai 2023 eine Kommission mit der Aufgabe ein, bis zum Ende des Jahres 2023 eine schriftliche Stellungnahme sowie Handlungsempfehlungen zu erarbeiten „für einen verantwortungsvollen Umgang mit den Namensgebungen für TUM-Gebäude oder -Räume, die Namen von mit der NS-Historie behafteten Persönlichkeiten tragen“, sowie für den Umgang „mit den an NS-belastete Personen verliehenen Ehrentiteln“.

In die Kommission wurden berufen: Prof. Dr. Winfried Nerdinger (SEF der TUM, Leitung), Prof. Dr. Andreas Wirsching (IfZ), Prof. Dr. Hans Günter Hockerts (LMU), Prof. Dr. Iris Lauterbach (TUM), Dr. Irene Meissner (Architekturmuseum der TUM), Elena Spatz (studentische Kommissionsvertreterin) sowie zur Koordination Dr. Katrin Bäumler (TUM Archiv, nicht stimmberechtigt).

[...]

Die wissenschaftliche Forschung über die NS-Zeit hat in den vergangenen Jahrzehnten die Bedeutung der NS-Eliten für das Funktionieren des NS-Systems immer deutlicher herausgearbeitet und aufgezeigt. Es ist klar festzustellen, dass es sich bei der Tätigkeit von Mitgliedern der NS-Elite aus Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft nicht um ein rein fachbezogenes, vorgeblich „unpolitisches Mitmachen“ von Experten handelt, sondern dass deren Tätigkeit direkt oder indirekt mit den Zielen und den Verbrechen des NS-Regimes verbunden war. Der NS-Staat benötigte zur Durchsetzung seiner totalitären, auf Vernichtung gerichteten Ziele nicht nur militärische und industrielle, sondern auch wissenschaftliche Ressourcen. Die Natur- und Technikwissenschaften sowie die Technischen Hochschulen im Deutschen Reich waren deshalb ein wesentlicher Bestandteil und eine Stütze des nationalsozialistischen Regimes. Beim Umgang mit Personen, die an „kriegswichtiger“ Forschung beteiligt waren, bedarf es deshalb von Seiten der Hochschule, die als Bildungsinstitution auch eine besondere Verantwortung trägt, einer eindeutigen Stellungnahme.

Die Kommission stellte folgende Kriterien zusammen, nach denen eine NS-Belastung beurteilt werden soll:

- Führende Rolle in der NSDAP, ihren Gliederungen oder angeschlossenen Verbänden
- SS-Mitgliedschaft
- Funktionen, die das NS-Regime (auch ohne ein Parteiamt) essentiell leistungsfähig hielten (z.B. Mitwirkung an Rüstungs- oder Autarkieforschung)
- Zusammenhang mit Antisemitismus und Judenverfolgung
- Einsatz von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, insbesondere im Rahmen „kriegswichtiger“ Forschung (Anordnung, aktiver Einsatz oder billigendes Hinnehmen)
- Regimeloyale Tätigkeit in den besetzten Gebieten, insbesondere im Osten
- Äußerungen, die eine dem NS-Regime verpflichtete Haltung erkennen lassen

[...]

Die Benennung von Straßen und Plätzen im Bereich der TUM mit Namen von Personen, die evtl. NS-belastet sind, wurde nicht weiter behandelt, da derartige Bezeichnungen ausschließlich in den Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Kommunen fallen.

[...]

Umgang mit der Benennung von Gebäuden und Räumen der TUM nach Personen mit NS-Belastung

Bei der Benennung von Gebäuden oder Räumen der TUM nach NS-belasteten Personen handelt es sich um einen Bereich, der eine besondere Wirksamkeit in die Öffentlichkeit entfaltet. Es geht also somit auch um die Vermittlung von Werten, für die die Hochschule eintritt.

[...]

Die Hochschule vermittelt ihre Werte in Verantwortung für die Zukunft an junge Menschen, dazu gehört auch ein Bekenntnis gegen den Missbrauch von

Wissenschaft sowie eine angemessene Haltung gegenüber Studierenden aus Ländern, die während der NS-Zeit in letzter Konsequenz auch mit Hilfe der Geehrten okkupiert und zerstört wurden. Die Hochschule sollte sich deshalb deutlich von Personen distanzieren, die Wissenschaft in den Dienst des NS-Regimes gestellt beziehungsweise Forschungen für die Umsetzung von Zielen des NS-Regimes geleistet haben.

Die Kommission stellte die fachliche Qualifikation und wissenschaftliche Leistung der [...] Personen, deren Namen an baulichen Einrichtungen der TUM angebracht sind, nicht in Frage, es ging ausschließlich um eine Klärung, inwieweit und auf welche Weise sie mit dem NS-Regime in Verbindung standen, um die Empfehlungen zum weiteren Umgang mit den Benennungen entsprechend zu begründen. Es war deshalb erforderlich, eventuelle Verbindungen mit dem NS-Regime bei jeder einzelnen Person im Hinblick auf die von der Kommission aufgestellten Kriterien genau zu untersuchen, um zu einem differenzierten Urteil über die geehrten Hochschullehrer und Wissenschaftler zu kommen. Zu allen [...] Personen wurden Kurzgutachten (s. Anhang) erarbeitet, bei denen allerdings aufgrund der sehr ungleichen Archiv-, Quellen- und Forschungslage nur eine unterschiedliche Tiefe und Gewichtung erreicht werden konnte.

Da mit der Nennung von Personen an Gebäuden und Räumen der TUM eine positive, vorbildgebende Würdigung und eine öffentliche Wirkung verbunden sind, steht eine NS-Belastung im Widerspruch zu den von der TUM vertretenen Werten. Um den öffentlichen Anschein einer Ehrung von NS-belasteten Personen durch die TUM eindeutig zu verhindern, empfiehlt die Kommission, die Benennung von Räumen bei folgenden Personen, aufgrund von deren nachweisbaren belastenden Tätigkeiten und Positionen im NS-System, zu entfernen:

Auf dem Campus Garching: Willy Messerschmitt, Gustav Niemann, Ludwig Prandtl, Ernst Schmidt. Die Benennung zweier Flügelbauten des Stammgeländes an der Arcisstraße nach German Bestelmeyer verweist einerseits historisch korrekt auf den entwerfenden Architekten der beiden in den 1920er-Jahren errichteten Bauten.

Andererseits kommt die Namensgebung auch einer öffentlichen Ehrung gleich. Da sich Bestelmeyer in besonderem Maße für die Ziele des Nationalsozialismus engagierte, wird empfohlen, die Benennung zu entfernen.

[...]

Ernst Ludwig Prandtl 1875–1953

Campus Garching: MW 0250, Ludwig-Prandtl-Hörsaal

Prof. für Technische Physik an der Universität Göttingen (seit 1904, seit 1907: für Angewandte Mechanik); Gründer der Aerodynamischen Versuchsanstalt (1907), Gründer und Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Strömungsforschung in Göttingen (1925–1946); Vorstand der Lilienthal-Gesellschaft (1940–1945); Vorsitzender der „Forschungsführung des Reichsministers der Luftfahrt und Oberbefehlshabers der Luftwaffe“ (1942–1945).

Ludwig Prandtl war zweifellos ein „genialer Aerodynamiker“¹. Seine wissenschaftliche Karriere verdankte er nicht der Nähe zum NS-Regime, das sich umgekehrt sein Prestige zunutze machte. Er trat der NSDAP zeitlebens nicht bei, und verstand sich als „unpolitischer“ Wissenschaftler mit deutschnationalem Pflichtgefühl. Dass er sich gleichwohl – zumindest zeitweilig – auch „selbst in den Dienst der Nazi-Propaganda stellte“, geht aus der Forschungsliteratur deutlich hervor.²

Sein Verhältnis zum Antisemitismus war zwiespältig. Nachweislich setzte er sich intensiv für verfolgte jüdische Kollegen ein, was hoher Ehren wert ist und seine Distanz zum rassenideologischen Antisemitismus erweist. Doch war seine Grundhaltung keineswegs frei von einem sozialkulturell geprägten Antisemitismus, wobei gravierend ins Gewicht fällt, dass er zumindest in einem Fall bereit war, ausländische Proteste gegen die Diskriminierung der Juden im Sinne des NS-Regimes vehement abzuwehren: An seinen britischen Kollegen Geoffrey Taylor schrieb er 1938: Deutschland sei nicht sehr weit davon entfernt gewesen, „von den Juden unterjocht“ zu werden; die „Judenschaft“ stifte „in den Völkern Unruhe“, der „Kampf“ gegen die Juden sei daher „leider“ zur „Selbsterhaltung“ Deutschlands notwendig geworden. Die US-Nachrichtenbüros seien „sämtlich in jüdischen Händen“³.

Den Vorsitz der „Forschungsführung“ in Görings Ministerium hatte Prandtl nicht angestrebt. Aber er übernahm die ihm 1942 angetragene Aufgabe und stieg damit „in die höchste einem Wissenschaftler offenstehende Position der NS-Luftfahrtforschung“⁴ auf. Dabei ging es um die institutionalisierte Selbststeuerung eines für die Kriegsführung wichtigen Forschungszweiges. Insgesamt ist erkennbar, dass Prandtl „sich weit über seinen eigenen Göttinger Institutsbetrieb hinaus die Nutzbarmachung von Forschungsergebnissen für den Krieg zur Aufgabe machte und sich als Repräsentant der gesamten Luftfahrtforschung fühlte“⁵.

Fazit: Ludwig Prandtl zählt zweifellos zur Funktionselite der kriegswichtigen Forschung im Machtgefüge des NS-Regimes. Trotz eines „unpolitischen“, an der „Pflicht als deutscher Staatsbürger“ orientierten Selbstverständnisses fehlt es nicht an Äußerungen, die eine dem NS-Regime verpflichtete, in Teilen auch dezidiert antisemitische Haltung erkennen lassen. Eine Ehrung in der besonders sensiblen Form der Benennung eines Hörsaals, einem zentralen Ort der akademischen Ausbildung junger Menschen, erscheint daher nicht vertretbar.

¹ Helmuth Trischler, Luft- und Raumfahrtforschung in Deutschland 1900-1970. Politische Geschichte einer Wissenschaft, Frankfurt/New York 1992, S. 297

² Vgl. Michael Eckert, Ludwig Prandtl – Strömungsforscher und Wissenschaftsmanager. Ein unverstellter Blick auf sein Leben, Heidelberg 2017, S. 256–261, Zitat S. 257

³ Eckert, Prandtl, S. 257f.

⁴ Moritz Epple/Florian Schmaltz, Max-Planck-Institut für Dynamik und Selbstorganisation Göttingen, in: Denkorte. Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten 1911–2011, hrsg. von Peter Gruss/Reinhard Rürup, Dresden 2010, S. 150–163, Zitat S. 160

⁵ Eckert, Prandtl, S. 271